

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Verlag und Redaktion: 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20 · Telefon: 86 21 89 · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Diese Publikation erscheint im Verlag der EXTRA-Dienst GmbH Westberlin · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00; Ausland monatlich DM 6,00; Luftpostbelieferung Ausland monatlich DM 6,00 zuzüglich geltender Luftpostzuschlag · Bankverbindungen: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin Konto 4712 und Postscheckkonto Berlin-West Konto 85 21 · Redaktionen setzen sich wegen Nachdrucken oder sonstiger Auswertung mit dem Verlag in Verbindung.

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

18. Dezember 1968 - 101/II
Einzelpreis DM 0.75

WDS SAGT: WISSENSCHAFTSRAT BETRIEB WISSENSCHAFTS-VERRAT (SEITE 5) / POLIZEI WESTBERLIN: EIN NEUER FALL VON RECHTSBEUGUNG? (SEITE 7) / ARNO KLÖNNE: ZUR GRÜNDUNG EINER SOZIALISTISCHEN PARTEI IN DER BRD (SEITE 8) / DEMONSTRATION GEGEN DIE KLASSENJUSTIZ IN WESTBERLIN: DOKUMENTATION VON ANSPRACHEN UND EINEM POLEMISCHEN FLUGBLATT (SEITE 9)

DUTSCHKE: ICH GEHE JETZT NICHT VOR EIN DEUTSCHES GERICHT

Für den 17. Januar 1969 ist vor der 2. Großen Strafkammer in Westberlin der Termin zur Hauptverhandlung in der Strafsache gegen "Dutschke und andere" angesetzt worden; es geht dabei um die Demonstration während des Teufel-Prozesses vor dem Landgericht in Moabit. Die Anklage lautet auf schweren Landfriedensbruch. Dutschkes Anwalt Horst Mahler hat die Aufhebung des Termins beantragt und ihn u. a. wie folgt begründet:

"Herrn Dutschke ist nicht zuzumuten, nach Deutschland zu kommen... Die politische Atmosphäre hat sich nach dem Attentat nicht verbessert. Die Spannungen haben eher zugenommen. Der Senat von Berlin duldet nach wie vor die von der Springer-Presse ausgehende Pogromhetze gegen Studenten. Namhafte Politiker haben die Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen die studentische Opposition aufgerufen bzw. ermuntert. Diejenigen, die gegen Herrn Dutschke gewalttätig geworden sind bzw. versucht haben, gegen Herrn Dutschke tötlich zu werden, werden begünstigt. Ich bin selbst Zeuge geworden, wie sich auf der Straße spontan eine Menschenmenge zusammenrottete und versuchte, Herrn Dutschke tötlich anzugreifen. Herr Dutschke wird daher vor einem deutschen Gericht erst dann erscheinen, wenn seine politischen Freunde in der Lage sind, wirksam seine körperliche Unversehrtheit zu garantieren. Ich bin beauftragt, dem Gericht diese Entscheidung von Herrn Dutschke, die er nach reiflicher Überlegung und intensiver Erörterung mit seinen politischen Freunden getroffen hat, mitzuteilen."

Rudi Dutschke ist vor wenigen Tagen zusammen mit seiner Frau nach Großbritannien gereist, wo er eine auf vorläufig sechs Wochen befristete Aufenthaltsgenehmigung erhielt.

VORBEUGEHAFT: ERFINDUNG DER SPD-KOMMUNEN

Der Vorschlag, eine Vorbeugehaft für "wiederholt straffällig gewordene Diebe, Betrüger und Schläger" einzuführen, ist als sozialdemokratischer Beitrag zum bevorstehenden Bundestagswahlkampf aufzufassen. Das wird deutlich aus Informationen, die aus Bonn und Düsseldorf bekannt wurden. Die durch die Springer-Presse und andere Boulevardblätter hochgespielten Aggressionshandlungen Jugendlicher, die in (fast durchweg) SPD-regierten Großstädten stattfanden, haben die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker darauf drängen lassen, per Gesetz ein Wahlbonbon zu erhalten, das der nach "law and order" verlangenden Bevölkerung vorgezeigt werden kann. Mit eine Rolle bei der Ein-

bringung des Gesetzes spielte, so ist aus Bonn zu erfahren, der Verlauf des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes, in dem sowohl der Rechtsaußenkandidat Wallace als auch Nixon auf einer Woge von "Gesetz-und-Ordnung"-Stimmung schwammen. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Beitrag der Westberliner Verwaltung, vor allem ihres Innensenators Neubauer. Nach der Aktion einiger APO-Gruppen am Charlottenburger Landgericht erklärte Neubauer in der "Abendschau" des SFB am 5. 11. 1968: "Ich bleibe bei der Formulierung. Dabei handelt es sich dann schlicht und einfach um Verbrechensbekämpfung, und die Polizei wird meine volle Deckung dann haben, wenn sie jene Mittel einsetzt, die auch sonst zur Verbrechensbekämpfung eingesetzt werden. . . " Neubauer beklagte dann den gegenwärtigen gesetzlichen Zustand, der "Vorbeugungsmaßnahmen" nicht zulasse: "Einen richterlichen Bescheid zur Festnahme bekomme ich nur, wenn Fluchtverdacht oder Verdunkelungsgefahr vorliegt. Das trifft in beiden Fällen nicht zu. Ich kann also in einem solchen Fall nur mit dem Polizeiverwaltungsgesetz, das heißt für 48 Stunden, jemand festhalten und muß ihn dann entlassen. . . Ich glaube, wir werden nicht umhinkommen uns zu überlegen, welche gesetzlichen Änderungen notwendig sind, um die rechten Mittel in die Hand zu geben." Die Überlegungen währten keinen Monat: Am 11. Dezember legte die SPD-Fraktion ihren Gesetzentwurf zur Vorbeugehaft vor, wobei es verbal nur um "Diebe, Betrüger und Schläger" geht. Wie dabei notfalls auch Demonstranten einzuordnen sind - darüber ließ Neubauer jedoch einen Monat zuvor keinen Zweifel. Ins gleiche Horn stieß Neubauers neuer Mann, der SPD-Bundestagsabgeordnete und jetzt zum Westberliner Polizeipräsidenten gewählte Hübner: Vorbeugehaft, so Hübner als Ausschußberichtersteller bei der Begründung der Gesetzesvorlage, richte sich natürlich nicht allein gegen "Schläger und Rocker", sondern auch "gegen solche Urheber von Gewalttätigkeiten, die unter dem Mantel des Überzeugungstäters gegen Strafgesetze verstoßen". Der Ring hatte sich geschlossen. Wie bekannt, hat die CSU inzwischen beantragt, das SPD-Gesetz weiter zu verschärfen. Aus Bonn ist zu erfahren, daß die SPD sich dem CSU-Vorschlag, Vorbeugehaft bereits bei zu erwartenden Strafen von über sechs Monaten einzuführen, anschließen wird.

PERSIEN: PRESSEKONFERENZ ZUR NEUEN SITUATION

Am Freitag, 20. Dezember, 15 Uhr, findet im Westberliner Republikanischen Club eine Pressekonferenz statt, die von der Föderation Iranischer Studenten veranstaltet wird, und auf der über die neueste Entwicklung der Teheraner Prozesse gegen oppositionelle Intellektuelle berichtet wird. An der Pressekonferenz nehmen u. a. teil: Dr. Bahman Niumand, der Ex-Regierende Heinrich Albertz, Prof. Helmut Gollwitzer, der Schriftsteller Günter Grass und Rechtsanwalt Horst Mahler.

PH WESTBERLIN: STREIK UND LEHRVERWEIGERUNG

In einer Vollversammlung der Pädagogischen Hochschule Westberlin beschloß eine große Mehrheit von Studenten, aus Solidarität für Prof. Gottschalch und aus Protest gegen die Verkettung Gottschalchs durch einige Bezirksverordnetenversammlungen (siehe ED 100/II) bis Jahresende zu streiken. Während des Streiks soll in ad-hoc-Gruppen gearbeitet werden. Am Abend fand eine Diskussion mit Abgeordneten des Bezirks Tiergarten statt, in der diese aufgefordert wurden, ihren Irrtum einzugestehen. Rund 250 Studenten beschlossen, keine Arbeit im Bezirk Tiergarten aufzunehmen, falls der Gottschalch und die Studenten diskriminierende Beschluß nicht aufgehoben wird.

HINWEISE DER REDAKTION

"DÄMONSTRANTEN" heißt eine Ausstellung des jungen Künstlers Armin Dross, die ab sofort täglich von 17 bis 21 Uhr in der Dross-Galerie, 1 Berlin 36, Leuschnerdamm 7, Atelier Gartenhaus (Zugang Adalbertstraße) zu sehen ist. (U-Bahnhof Kottbusser Tor). Neben Grafik ist auch "Partysanenschmuck" ausgestellt.

DER REPUBLIKANISCHE CLUB in Freiburg gibt eine neue Kontaktadresse an: Bernhard Blankenhorn, 7847 Badenweiler, Hintere Au 2. Der Club hat bis Ende Februar 1969 Räume im Hotel "Europäischer Hof"; er muß sich ab März ein neues Quartier suchen.

DEMENTIS" AUS TEGEL

Nun hat es die Justizverwaltung also erreicht, was Sinn ihrer "Öffentlichkeitswoche" in der Strafanstalt Tegel war: Die Journalisten haben sich in der Küche und im Lager davon überzeugen können, daß einen Monat nach Erscheinen des EXTRA-Reports alles in bester Ordnung ist. Ausgerechnet der "Tagesspiegel" macht sich zum Organ des Justizvollzugsamtes und dementiert fleißig alle von unserem Informanten erhobenen Vorwürfe. Man beschränkt sich nicht nur auf Auskünfte von Gefängnisleitung und anderer Behörden, nein, man befragt auch Küchen- und Lagerverwalter sowie Gefangene selbst. Und mokiert sich ironisch darüber, wenn sich die Gefangenen erst in der relativen Sicherheit der eigenen Zelle "anheischig" machen, die Vorwürfe zu bestätigen. Und es sind keineswegs nur zwei Küchenarbeiter, die vor Gericht - aber eben erst dort - bereit sind, auszusagen. Nun behauptet der "Tagesspiegel", daß wir Anklagen ungeprüft abdrucken. Ungeprüft bedeutet: Ohne bei den Betroffenen nachzufragen. So hätten wir es auch der "Tagesspiegel"-Redaktion gegenüber erklärt. Das allerdings ist eine Verdrehung der von uns tatsächlich geäußerten Meinung, daß wir im Fall Tegel nicht schon vorab die Verantwortlichen alarmieren und ihnen die Möglichkeit zur Vertuschung geben wollten. Das würde die Position der ohnehin schon Schwachen, nämlich der eventuellen Repressalien ausgesetzten Gefangenen, noch mehr schwächen. Nach Veröffentlichung der Vorwürfe, so nahmen wir an, würde sich ohnehin sofort und von sich aus die Staatsanwaltschaft einschalten und ohne Verzug an Ort und Stelle Nachprüfungen anstellen. Wir hatten uns getäuscht: Verdorbene Konserven und Lebensmittel wurden ungestört in Lastwagen zur Müllkippe gefahren, schadhafte Kessel wurden repariert, in der Küche begannen intensive Renovierungsarbeiten und im Heizungskeller brach man Mauerlöcher in die Wände zur Frischluftzufuhr. Schade, daß der "Tagesspiegel", der an uns kritisiert, wir hätten nicht zuvor die Betroffenen gehört, nicht zumindest selbst nach diesem Prinzip verfahren ist. Eine Nachfrage bei uns vor dem Besuch in Tegel (so wie sie von zahlreichen anderen Kollegen kam) hätte seinen Bericht etwas weniger einseitig gestaltet. Wir hätten dem betreffenden Redakteur mindestens zwölf Namen - und nicht nur von Gefangenen - geben können, die in einem hoffentlich bald folgenden Verfahren eine Rolle spielen werden. Wir hätten auch Adressen von zahlreichen Zeugen außerhalb der Anstalt genannt: allerdings nur mit der Zusicherung, daß ihre Aussagen nicht schon jetzt veröffentlicht werden. Zur Abrundung des Bildes wäre es für den "Tagesspiegel" gewiß wichtig gewesen. Manches von der Anstaltsleitung übernommene Dementi würde dann wahrscheinlich von vornherein weggefallen sein. Wir werden in unserer Sonnabend-Ausgabe auf einzelne Punkte antworten.

TERMINE

MITTWOCH, 18. Dezember, 19. 30 Uhr: Der amerikanische Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, Dr. Robert Kempner, spricht in einer Veranstaltung des Bundes politisch, rassistisch und religiös Verfolgter in der Sophie-Charlotte-Schule, 1 Berlin 12, Sybelstraße 2.

MITTWOCH, 18. Dezember, 20 Uhr: Mittwochsversammlung der "Kritischen Sozialarbeiter" im Gemeindehaus, Berlin 36, Wrangelstraße 32. Der Kreis diskutiert Probleme der Sozialarbeit. Er steht allen Interessierten offen.

DER REPUBLIKANISCHE CLUB KÜNDIGT AN:

FREITAG, 20. Dezember, 15 Uhr: Öffentliche Pressekonferenz zum Thema Prozesse in Persien.

FREITAG, 20. Dezember, 20 Uhr: Clubdiskussion mit Prof. Wilfried Gottschalch zum Thema "Über die Chancen radikaldemokratischer Gruppen nach der präventiven Konterrevolution - einige Gedanken zur Strategie des Republikanischen Clubs".

FREITAG, 27. Dezember, 20 Uhr: Reinhard Opitz über "Außerparlamentarische Opposition und Parlament".

SONNTAG, 29. Dezember, 20 Uhr: Der Arbeitskreis Agitprop im RC lädt zur Diskussion über sein Flugblatt ein (Dokumentation siehe Seite 11).

DER RC ist am 24., 25. und 26. Dezember sowie am 31. Dezember und am 1. Januar geschlossen.

AUS DER WELT DES KAPITALISMUS (II)

FALL 3: DISKRIMINIERUNG DER ARBEITER BEI DER KRONE KG

Bei der Zuwendung der Weihnachtsgratifikation werden bei der Firma Krone KG, Foto-technische Apparate und Elektrotechnik, Berlin 37, Goerzallee 311, zwischen Angestellten und Arbeitern starke Unterschiede gemacht, wie die Basisgruppe Zehlendorf in ihren "Extra-Informationen der Arbeiter und Angestellten in den Fabriken Zehlendorf-Süd" mitteilen. In Paragraph 28 der Krone-Betriebsordnung heißt es: "Die Weihnachtsgratifikation für Gehaltsempfänger werden entsprechend ihrer Leistung resp. der Verantwortlichkeit ihrer Stellung von der Geschäftsleitung festgelegt." Für Arbeiter wird dieses Leistungsprinzip nicht angewandt. So bekommt ein Arbeiter nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit etwa 75 Mark, ein Angestellter nach dem gleichen Zeitraum im Durchschnitt 230 Mark.

FALL 4: "DEINE CHANCE IN BERLIN"

Mit großem Aufwand betreibt der Westberliner Senat in der Bundesrepublik die Abwerbung von Arbeitskräften für Westberlin unter dem Motto "Deine Chance in Berlin". Zu den angebotenen Vergünstigungen gehören u. a. die Bezahlung von Fahrtkosten nach Westberlin und ein Überbrückungsgeld. Im Einzelfall kann das dann folgendermaßen aussehen: Am 6. Mai 1968 beantragte der Arbeitnehmer Hanns Wolfgang S. aus Ulm anlässlich seiner Arbeitsaufnahme in Westberlin am 9. Mai 1968 die Erstattung von Anreise-, Gepäck-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten sowie Gewährung von Überbrückungsgeld für den ersten und zweiten Monat nach der Arbeitsaufnahme. Am 10. Juli 1968 reichte S. die Bescheinigung des Arbeitgebers nach. Am 30. Juli 1968 schrieb ihm das Arbeitsamt Berlin IV: "An Ihrer Arbeitsaufnahme in Berlin besteht kein arbeitsmarktpolitisches Interesse. Die Gründe hierfür liegen hauptsächlich in Ihrer Person." Der Antrag wurde abgelehnt. Am 9. August legte S. Widerspruch ein, bat um Erläuterung der oben zitierten Sätze und beauftragte einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner Interessen. Am 19. September fragte der Anwalt dringlich nach: "Der angegriffene Bescheid läßt jedweden Hinweis darüber vermissen, was das Arbeitsamt an der Person des Herrn S. auszusetzen hat. Herr S. ist daher auch nicht in der Lage, das, was sich der Herr Direktor des Arbeitsamtes IV bei seinem Bescheid gedacht hat, im einzelnen zu widerlegen, weil die persönlichen Animositäten gegen Herrn S. nicht angegeben worden sind." Der Vorgang wurde nun nicht, wie im Widerspruchsverfahren üblich, von der nächsthöheren Instanz entschieden. Ohne eine weitere Begründung teilte das Arbeitsamt IV am 4. November 1968 mit: "Ich setze Sie davon in Kenntnis, daß ich den Ablehnungsbescheid vom 30. 7. 1968 aufgehoben habe. Ich betrachte den eingelegten Widerspruch als erledigt." Herr S., so wurde weiter erklärt, solle im Amt persönlich vorsprechen. "Seine Chance in Berlin" hat er inzwischen wieder in Ulm wahrgenommen.

JUNGE FRANZOSEN: ZUM WIDERSTAND IN DIE BRD

Junge französische Antifaschisten haben auf einer Konferenz in Paris, an der auch Beate Klarsfeld teilnahm und sprach, beschlossen, in die Bundesrepublik zu kommen und antifaschistische Aktionen zu unterstützen. Die Konferenz wurde vom "Mouvement des Etudiants Juifs" einberufen. In einer Resolution heißt es: "In Anbetracht der Tatsache, daß der ungleiche Kampf, den die deutschen Demokraten gegen die Wiedergeburt des Nationalsozialismus in Deutschland führen, gerechtfertigt und schwierig ist, ... fordern wir, daß die Juden durch aktiven Kampf im In- und Ausland Solidarität beweisen, daß die Deutschen die Unverjährbarkeit der Kriegsverbrechen erzwingen und einen ehemaligen Nazi-propagandisten daran hindern, weiterhin Bundeskanzler zu sein." - In diesem Zusammenhang machen wir erneut auf die hohen Kosten aufmerksam, die der Berufungsprozeß der Beate Klarsfeld haben wird. Spenden können auf das Konto Beate Klarsfeld, Berliner Discontobank, Kontonummer 135/4000, Postschecknummer der Bank: 376 80, eingezahlt werden.

KINDERLÄDEN WESTBERLIN: KRITIK AUS MÜNCHEN

In München sollen jetzt ebenfalls, wie in Westberlin, antiautoritäre Kinderläden gegründet werden. Die Münchner "apo-press" berichtet über eine Informationsreise des Arbeitskreises "Demokratischer Kindergarten" nach Westberlin und über die dortigen Eindrücke. In Westberlin, so die Münchner Berlin-Reisenden, werde versucht, Kinder "sich selbst entwickeln zu lassen, sich von eigenen Impulsen und Antrieben, ohne Zwang von außen, leiten zu lassen". Da aber die Emanzipation der Mütter im Vordergrund stehe, "wird die fehlende Auseinandersetzung mit den Kindern durch antiautoritäre Schlagworte kaschiert. Außerdem wird eine Rivalität der Mütter in der Einflußnahme auf die Kinder beobachtet." Theoretisch ergebe sich daraus die Frage, "inwieweit Kinder sich selbständig entwickeln können, oder inwieweit sie dabei nur für Wunschvorstellungen der Eltern herhalten müssen". Bemängelt wird auch, daß es zuwenig Spielzeug gebe, weil man die Kinder nicht zum Konsumzwang erziehen wolle. - Das Münchner Konzept, so berichtet "apo-press", solle als "Pädagogisches Kollektiv" verwirklicht werden, "das ihm die optimale Lösung des augenblicklichen Erziehungsproblems in der repressiven Gesellschaft scheint". Das Kollektiv müsse gleichzeitig Kritik an den Interessen der Kinder, der Eltern, der Kindergärtnerinnen und von außen kommenden Interessenten üben. Die Probleme der Kinder, die nicht unvermittelt von den ersteren auftreten, müßten gelöst werden und zwangsfreie Triebe nach Tätigkeit, Leistung und Kommunikation auslösen. Zum Spielvorgang bei den Kindern: Das einzelne Kind solle in ein Kinder-Kollektiv eingeführt werden, wobei jedem Kind die inhaltliche Formulierung seines Spiels überlassen bleiben müsse. Die Einflußnahme habe erst da einzusetzen, wo vom Kind oder vom Kollektiv danach verlangt werde, wenn Kind oder Kollektiv keine eigene Zielvorstellung zu entwickeln in der Lage seien. Dann allerdings müsse die Gruppenarbeit aufgenommen werden.

BAUERN: WAS DIE ERZEUGER NICHT BEKOMMEN

Linksoppositionelle Bauern und Winzer aus vielen Teilen der Bundesrepublik konstituierten in Dortmund die "Demokratische Bauernaktion", die ein Aktionsprogramm verabschiedete. Am Kongreß nahmen auch Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen und Studenten teil. Helmut Baden, Chefredakteur der Zeitschrift "Bauernruf", erklärte vor dem Kongreß, daß Verbraucher und Erzeuger sich nicht gegeneinander aufwiegeln lassen sollten. Nicht die Bauern trieben die Preise hoch, sondern die Verarbeitungs- und Handelskonzerne. Baden: "Von jeder Mark, die der Verbraucher für Brot ausgibt, erhält der Bauer heute nur 20 Pfennig. Bei Koteletts sind es von einer Mark 33 Pfennig. Von einer Kilodose Erbsen, für die der Verbraucher 1.38 Mark ausgibt, erhält der Erzeuger nur 17 Pfennig. Der Zentner Kartoffeln, für den der Verbraucher 12 DM bezahlt, bringt dem Bauern 3.50 bis 4.50 DM." Die bäuerliche Opposition fordert in ihrem Aktionsprogramm ein Mitbestimmungsrecht, "das uns erlaubt, Einsicht in die Kalkulations-, Preis- und Gewinnunterlagen der entscheidenden Industrie-, Nahrungsmittel- und Handelskonzerne zu nehmen und die Festsetzung der landwirtschaftlichen Betriebsmittelpreise sowie die Endverbraucherpreise mitzubestimmen!".

EXTRA-DOKUMENTATION

VDS: WISSENSCHAFTSRAT BETREIBT WISSENSCHAFTSVERRAT

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) hat in einer "kurzen Stellungnahme" auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Hochschulen reagiert. EXTRA-Dienst dokumentiert diese Stellungnahme, die die schizophrene Haltung beamteter Wissenschaftler zur Universitätsreform darlegt:

"Die in jüngster Zeit vorgelegten Hochschulgesetzentwürfe haben eines gemeinsam: Die in den Präambeln abgegebenen Ehrenerklärungen für die Freiheit der Wissenschaft und die Autonomie der Universitäten werden in den nachfolgenden Paragraphen Schritt für Schritt wieder zurückgenommen oder ins Gegenteil verkehrt. Nach demselben Muster sind die neuesten Empfehlungen des Wissenschaftsrates aufgebaut:

Ein ausführlicher theoretischer Teil, der von der Vermittlung von Theorie und Praxis, der Einheit von Forschung und Lehre und der Autonomie als 'unverzichtbarer Voraussetzung' spricht, ja davon, daß die Universität selber 'zum Gegenstand wissenschaftlich-kritischer Untersuchungen gemacht werden solle', hat auch hier die Funktion, die in den konkreten Empfehlungen vollzogene Auslieferung der Wissenschaft an außeruniversitäre Instanzen zu verschleiern. Der Bruch zwischen der theoretischen Vorbemerkung und den organisatorischen und strukturellen 'Konsequenzen' ist so eklatant, daß ein weiteres Mal die avisierte 'Neugestaltung großzügiger Art' in der Vorbemerkung untergeht.

Die geforderte Autonomie der Hochschule, die erweitern und festigen zu wollen man vorgibt, wird zur Farce, wenn alle wesentlichen Kompetenzen in der Hand eines omnipotenten Präsidenten und eines Kuratoriums liegen, in dem die Universitätsvertreter neben Vertretern des Staates und des öffentlichen Lebens in jedem Fall in der Minderheit sind. Der Hinweis, der Wissenschaftsrat habe alternativ beschließende oder beratende Kuratorien angeboten, täuscht: Das vorgelegte Modell einer Präsidialverfassung zielt zwangsläufig auf beschlußmächtige Gremien, weil keine andere Schlichtungsinstanz bei Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Senat vorgesehen ist und andernfalls die angestrebte Einheitsverwaltung durchbrochen würde.

Da das Kuratorium den Präsidenten sowohl kontrollieren als auch 'den notwendigen Rückhalt' geben soll, können beide im Zusammenspiel gegen den Willen der Universitätsgremien die Hochschule leiten und disziplinieren. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind durch die Entmachtung der Universitätsgremien geschaffen. Der konzipierte Konvent ist - außer daß er zum 'Wesen' der Universität gehört - praktisch kompetenzlos, der Senat kann allein über die verschiedenen Ordnungen beschließen, ansonsten nur den Präsidenten beraten. Hatte der Wissenschaftsrat den Studenten einst vorgeworfen, sie betrieben die Hochschulreform allein unter dem Gesichtspunkt der 'Entmachtung der Ordinarien', so hat er diese nun zugleich mit der Entmachtung der Universität durch staatliche Eingriffsmöglichkeiten radikal vollzogen.

In den entmachteten Universitätsgremien freilich bleibt die überragende Stellung der Ordinarien gewahrt, obwohl theoretisch die Verantwortlichkeit aller Gruppen zunächst anerkannt wurde. Der Anspruch der anderen Gruppen wird mit dem Hinweis zurückgewiesen, andernfalls würde die Handlungsfähigkeit der Universität als Korporation verfallen, weil an ihre Stelle 'partikulare Interessen und Interessenvertreter' treten würden. Die Anschuldigung, daß durch die Mitbestimmung anderer Gruppen, der Assistenten und Studenten, die Universität 'zwangsläufig sachfremden Interessen und Gruppen' ausgeliefert und 'die Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben unmöglich' gemacht wird, zeigt mit unverschämter Offenheit die antidemokratische Zielrichtung der Empfehlungen auf. Unter diesen Voraussetzungen muß auch der Erfolg der neu konzipierten Fachbereiche ausbleiben: Da keinerlei Vorschläge über ihre innere Strukturierung, über die Organisation von Interessen im Fachbereich gemacht werden, andererseits die Vormachtstellung der Ordinarien aufrechterhalten bleibt, wird sich mit der bloßen Zusammenlegung mehrerer Institute wenig ändern. Das Lehrstuhlprinzip ist nur scheinbar abgeschafft, da für die Ordinarien der Zwang zur Kooperation solange nicht besteht, als sie nicht durch entsprechende Mehrheitsverhältnisse von den anderen Gruppen dazu gezwungen werden können. Die zuvor scharfsinnig analysierten Mängel dieses Prinzips werden sich weiterhin auswirken. Bei einer bloßen Geste ist es auch in bezug auf die in der Vorbemerkung erwähnte Kooperation mit dem Bildungsrat und die Notwendigkeit eines Bildungsgesamtplanes geblieben. Faktisch wird durch das Organisationsmodell (vgl. Aufnahmeverfahren und numerus clausus) des Wissenschaftsrates die Isolierung der Universitäten und ihre Konservierung bestätigt.

Insgesamt werden die Empfehlungen kaum zur Lösung der Krise unseres Bildungswesens beitragen können. Das Bemühen, die Konflikte, die aus der undemokratischen und uneffektiven Verfassung unserer Hochschulen entstanden sind, auf dem Wege staatsdirigistischer zentraler Planung zu lösen, muß auf den entschiedenen Widerstand aller Gruppen der Universität stoßen. Die Studentenschaft wird diesem Versuch, die Universität außeruniversitären Kräften und Interessen auszuliefern, mit aller Schärfe entgegentreten. Der Wissenschaftsrat hat hier Wissenschaftsverrat betrieben. "

STILLE NACHT IM KNAST / VON MARTIN BUCHHOLZ

Das war der vorweihnachtliche Public-Relations-Bonbon der Justizverwaltung: Eine Nacht im Knast für nicht allzu kritisch-vorwitzige Journalisten. EXTRA-Dienst blieb, wie berichtet, ausgesperrt. Dennoch: Solche Advents-Visiten, das prickelnde Erlebnis einer vergitterten Stillen Nacht, gibt es auch für normale Bürger. Jeder kann unverhofft zu einer solchen Einladung kommen. Ausschlagen kann er diese Einladung allerdings nicht. In diesen Tagen kann man in dieser unserer Gesellschaft keineswegs sicher sein, daß es nur ein verspäteter Nikolaus ist, wenn es abends an der Wohnungstür klingelt.

Bei der 27jährigen Angestellten Inge W. in Spandau klingelte es am 10. Dezember gegen 19 Uhr 30. Drei Herren standen vor der Tür und forderten die junge Frau auf, unverzüglich mitzukommen. Einer von ihnen hieß Olschowski und wies sich als Gerichtsvollzieher aus. Die beiden anderen Herren waren Kriminalbeamte in Zivil. Es wurde der nicht vorbestraften Frau weder ein Haft- noch ein Vorführungsbefehl vorgelegt. Es hieß lediglich, sie habe einen Offenbarungseid zu leisten.

Inge W. war zu dieser Zeit krankgeschrieben. Sie litt an einer schweren Bindehautentzündung, mußte die Augen ständig verbunden halten und jede Stunde Augentropfen nehmen. Ihre Proteste nutzten nichts: Sie habe mitzukommen. Wer das weinende vierjährige Kind der Frau W. ins Bett bringen sollte, interessierte die Herren nicht.

So überließ sie das Kind einer Nachbarin - in der Annahme, bald wieder zurück zu sein. Dann folgte sie der Aufforderung, obwohl sie sich wunderte, daß Richter noch am späten Abend Offenbarungseide abnehmen sollten. Sie wunderte sich nicht zum ersten Mal: Schon am 7. Dezember hatte sie ohne vorherige Mahnungen oder Zahlungsbefehle eine schriftliche Vorladung zur Leistung eines Offenbarungseides beim Amtsgericht Spandau erhalten. Es ging um Gerichtskosten für einen Scheidungsprozeß: Frau W. hatte diesen Prozeß gegen ihren Mann, der seit fünf Jahren von ihr getrennt lebt, unter der notariell beglaubigten Bedingung zurückgezogen, daß ihr Mann sämtliche schon entstandenen Kosten übernahm. Offenbar hatte er aber jetzt die ratenweise Zahlung an das Gericht eingestellt. Nun sollte Frau W. einen Offenbarungseid leisten. In ihrer Gegenwart telefonierte die Nachbarin mit der zuständigen Abteilung beim Amtsgericht und teilte mit, daß Frau W. krank geschrieben sei und nicht erscheinen könne.

Dafür erschienen - wie schon erwähnt - Gerichtsvollzieher und Kriminalbeamte. Die Fahrt ging zum Untersuchungsgefängnis Moabit. Dort mußte Frau W. ihre Augentropfen abliefern, die sie stündlich nehmen sollte. Der Hinweis, daß sie für den nächsten Morgen um 9. 30 Uhr zum Arzt bestellt sei, wurde ebenfalls nicht beachtet. Sie wurde ohne Abendbrot in eine Zelle eingeschlossen und wartete dort bis 6 Uhr früh auf einem Schemel sitzend, da sie nicht schlafen konnte. Am nächsten Morgen wurde sie kurz vor 10 Uhr aus ihrer Zelle geholt, in eine andere Zelle eingeschlossen und schließlich in ein Büro gebracht, wo man ihre Personalien aufnahm. Von dort aus wurde sie ins Gerichtsgebäude gebracht und dort erneut in eine Zelle gesperrt. Dann führte man sie in Handschellen einer Justizbeamtin vor.

Der Beamtin versuchte Frau W. noch einmal die Situation zu erklären: Sie konnte einfach nicht begreifen, warum sie einen Offenbarungseid leisten sollte. Die Antwort: "Dann müssen Sie vier Wochen im Gefängnis bleiben." Man ließ sie in die Zelle abführen, damit sie sich die Sache überlege. Als nach einer Viertelstunde die Justizwachtmeister nach ihr sahen, erklärte sie sich zum Eid bereit. Sie wartete noch eine halbe Stunde in der Zelle, bis ein Zivilrichter frei war. Der Richter wollte lediglich wissen, ob die Angaben in den inzwischen ausgefüllten Fragebögen "der Wahrheit entsprechen" und verzichtete auf jede Rechtsbelehrung. Die Zeremonie dauerte keine drei Minuten. Frau W. wurde danach in den Keller gebracht und mußte wiederum in einer Zelle warten, bis man sie ins Untersuchungsgefängnis zurückleitete. Von dort aus wurde sie gegen Mittag entlassen. Ohne einen Pfennig Geld. Ohne einen Fahrschein für die BVG.

Eine Schwerverbrecherin durfte wieder in die "Freiheit". Sie hatte sich, wenn auch unwissentlich, der schlimmsten Untat schuldig gemacht, die eine kapitalistische Gesellschaftsordnung kennt: Sie hatte nicht gezahlt. Eine Nacht Vorbeugungshaft: Man darf sicher sein, daß es für diesen Zweck noch sehr viel Raum in der Moabiter Herberge gibt.

ARNO KLÖNNE: ZU EINER SOZIALISTISCHEN ORGANISATION

Nach der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in der Bundesrepublik und den differenzierten Auffassungen der Linken über die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR haben unter der sozialistischen Linken in der Bundesrepublik verstärkt Diskussionen um die Gründung einer eigenen sozialistischen Partei eingesetzt. Anfang Dezember wurde nun die linke Wahlpartei ADF gegründet, in der sich aber nicht alle Links-Gruppierungen zusammenfanden: Den eigentlichen Kern des Wahlbündnisses stellen DKP, DFU, BdD, VUS, einige Republikanische Clubs, Einzelgruppen und Einzelpersonen dar. Arno Klönne, führend in der Kampagne für Demokratie und Abrüstung tätig, hat sich jetzt zur Frage einer sozialistischen Organisation geäußert:

Bisherige Versuche, in der Bundesrepublik sozialistische Organisationen zu schaffen, sind ohne politisch relevante Ergebnisse geblieben. Die angesichts dessen verständliche Hemmung, nun nochmals einen derartigen Versuch zu starten, läßt jedoch 1. die inzwischen veränderten Umweltbedingungen eines solchen Unternehmens, 2. die Frage nach den (vermeidbaren!) inneren Gründen des Scheiterns der bisherigen Versuche unberücksichtigt. Zu diesen beiden Aspekten einige kurze Hinweise:

1) Die politische Situation in der Bundesrepublik ist aller Wahrscheinlichkeit nach einem Versuch zur Organisation der Sozialisten heute günstiger als in der Vergangenheit, w^o im Zusammenhang mit dem Auftreten der außerparlamentarischen Opposition und der antiautoritären Studenten- und Jugendbewegung ein breites Vorfeld für sozialistische Tendenzen existiert, innerhalb dessen das Thema "Sozialismus" zumindest intellektuell (wenn auch nicht so sehr politisch-praktisch) als Problem bewußt ist;

das Problem "Sozialismus" in den öffentlichen Kommunikationsmitteln und vor allem von etlichen Verlagen usw. heute zumindest thematisiert ist (in welcher Ablenkung ins "Unpraktische" auch immer);

die Identifikation des Sozialismus mit der stalinistischen Dogmatisierung sich durch das Auftreten neuer sozialistischer und revolutionärer Bewegungen und die innere Differenzierung in den kommunistischen Staaten und Parteien für das öffentliche Bewußtsein zusehends auflöst;

das offene Auftreten der KP und die Gründung der DKP in der Bundesrepublik die politische Grenzziehung zwischen dieserart westdeutschen Kommunisten und den Sozialisten (bzw. unabhängigen Kommunisten) leichter macht;

das Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei sich für die nachgewachsene Generation zunehmend instrumentell, d. h. nüchtern-zweckmäßig bestimmt und nicht mehr jener traumatischen Haßliebe unterliegt, die den kleinen Linksgruppen in früheren Jahren belastend anhing, - zumal diese meist als unfreiwillige Absplitterungen von der SPD ins Leben traten.

2) Die inneren Schwächen und Unzulänglichkeiten der bisherigen sozialistischen Organisationsversuche sind heute deutlicher erkennbar, so vor allem in folgenden Punkten: Eine sozialistische Organisation, die sich versteht oder verhält als Gruppenbündnis in sich noch einmal speziell dogmatisierter Kleinstrichtungen, hat keine Entwicklungschance, - die Liquidation der Grüppchenstrategie ist die Bedingung des Erfolges sozialistischer Organisation.

Ebensowenig hat eine Organisation Chancen, die sich als bloße "Kaderorganisation" (für eine nicht vorhandene breite Arbeiterbewegung!) versteht bzw. als intellektualisierendes Seminar zur Reproduktion historischer Differenzen der sozialistischen Bewegung verhält, - das ständige öffentliche Auftreten, die Entwicklung demonstrativer Aktionsformen und die permanente Vermittlung sozialistischer Prinzipien durch konkrete Aussagen zu aktuellen Problemen (dies wiederum nicht im Stile eines geronnenen "Grundsatzprogramms") sind unbedingte Voraussetzungen für Verbreiterung der politischen Basis (insofern sind, bei allen Schwächen, die Verhaltensformen der Ostermarschbewegung und der Studentenbewegung auch für eine sozialistische Organisation anregend.)

Sozialistische Theorie kann heute nicht als vorgegeben angesehen werden. Die historischen Theorien des Sozialismus und die gegenwärtig vor allem in der Dritten Welt auftretenden revolutionären Programme können nur als mögliche Elemente einer neu zu be-

stimmenden Theorie und Praxis gesellschaftlicher Veränderung begriffen werden. Neuer analytischer Definitionen bedarf insbesondere der Begriff der Produktivkräfte sowie der Begriff revolutionärer Gewalt in industriell hochentwickelten Systemen.

Die Entwicklung einer sozialistischen Theorie bzw. einer Organisationsprogrammatis (soweit diese über einige Grundeinverständnisse hinausgeht) kann nicht am Beginn der organisatorischen Arbeit stehen, sondern sie kann nur jeweils (und immer wieder korrigierbar) als Ergebnis realer sozialistischer und politischer Bewegung erreicht werden. Sozialistische Organisation, die natürlich einige verbindliche tendenzielle Festlegungen (und Abgrenzungen) voraussetzt, müßte sich deshalb zunächst darauf einstellen, den politischen Rahmen und die formale Kontinuität dieses eben angedeuteten Entwicklungsprozesses zu sichern, wobei auch die Organisationsformen selbst nur vorläufigen Charakter haben können.

3) Einige Hinweise zu der politischen Tendenz der heute möglichen sozialistischen Organisation:

Jeder "Partei"- oder "Vorpartei"-Anspruch wäre entwicklungshemmend, da er einerseits Illusionen auf kurzfristige, durch Wahlen zu erzielende Erfolge schaffen, andererseits einen Abriegelungsprozeß im Verhältnis zu SPD-Mitgliedern provozieren würde.

Die sozialistische Organisation braucht eine klare, an konkreten Fragen vermittelte Konfrontation gegenüber der DKP-KPD. Sie dürfte sich aber, was das Schwergewicht ihrer Aktionsziele angeht, nicht wiederum traumatisch auf den Bereich KP fixieren, sondern vielmehr ihre Ambitionen auf die politische Gewinnung jener linken Leute richten, die heute noch trotz aller kritischen Vorbehalte dem gegenwärtig herrschenden Kurs der SPD- bzw. Gewerkschaftsführungen sich beugen. Anzustreben wäre dabei nicht die emotionale und moralisierende formale Trennung von allen "Institutionen" (SPD, DGB usw.), sondern ein kühles, d. h. instrumentelles Verhältnis zu derlei Institutionen und den jeweils konkret zu bestimmenden Operationsmöglichkeiten in ihnen, - dieses Verhältnis kann man sich gerade dann (und nur dann) leisten, wenn man sich darüber im klaren ist, daß der ideologische Anspruch dieser Institutionen historisch überholt ist. Daß dieses instrumentelle Verhältnis nicht zu Konzessionen in der politischen Aussage der Sozialisten führen dürfte, ist klar.

Das nur historisch begründete Vorurteil gegenüber linken Ansätzen innerhalb der Konfessionen, speziell des Katholizismus, speziell der katholischen Arbeiterbewegung, wäre beiseite zu lassen.

In Auswertung der Erfahrungen der Studentenbewegung und in Ergänzung zur weiteren Arbeit sozialistischer Studenten müßte die sozialistische Organisation von vornherein eine Zusammensetzung und einen Verhaltensstil anzielen, die jede Verengung auf das studentisch-jugendliche Milieu ausschließen.

Jene Art linker Publizistik, wie sie derzeit in relativ großem Umfang modisch wurde, enthält zumeist (und nicht zufällig) keinen Zugang zu einer unmittelbaren politischen Praxis außerhalb des Intellektuellenmilieus. Umso dringlicher wäre deshalb die Herausgabe und Verbreitung sozialistischer Publikationen, die in allgemein zugänglicher Sprache politische Verhaltensmodelle, Argumentationen und Alltagsstrategien für die Situation des Berufstätigen, des "Erwachsenen", vor allem des Arbeitnehmers entwickeln. Generell: Die sozialistische Organisation wird nur dann Entwicklungschancen haben, wenn sie die schicht- und altersspezifische Beschränktheit der linken Studentenrevolte durchbricht.

EXTRA-DOKUMENTATION

FALL REHSE: DEMONSTRATION GEGEN DIE KLASSENJUSTIZ

Mindestens 5000 Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition - so Schätzungen der Tageszeitungen und der Polizei; inoffiziell wurden sogar 7000 angenommen - beteiligten sich am vergangenen Sonnabend an einer Demonstration vom Steinplatz durch die City zum Schöneberger Rathaus und an einer anschließenden Kundgebung. Auf der Kundgebung sprachen für den Jüdischen Aktionskreis Beate Klarsfeld, für die Deutschen Jungdemokraten H. Hoffmann, für den Republikanischen Club Solveig Ehrler, für die SED Westberlin Erich Ziegler und für den SDS Peter Neitzke. Zu Beginn der Rede des SED-Vertreters kam es zu einem Pfeif- und Buhkonzert einiger Demonstrationsgruppen und,

kurioserweise, zu "Dubcek"-Rufen der "Roten Garde", die mit Mao-Bildern demonstrierte (siehe dazu Dokumentation eines Flugblatts einiger Arbeitskreise des Republikanischen Clubs). EXTRA-Dienst dokumentiert aus den Reden von Solveig Ehrler und Erich Ziegler wichtige Passagen, aus denen klar wird, daß sich die Demonstration nicht gegen ein isoliertes Urteil oder einen einzelnen Richter, sondern gegen die solche Urteile produzierende Klassenjustiz richtete.

SOLVEIG EHRLER: "Der Fall Rehse ist nicht ein Fall Rehse, er ist auch nicht ein Fall Dr. Oske, sondern er ist ein Fall der politischen Justiz in unserer Gesellschaft. Dr. Oske hat den Klassencharakter der Justiz deutlich in seiner Urteilsbegründung formuliert. Er sagte, es wurden keine gesetzlichen Bestimmungen verletzt. Damals ging es darum, in einer schweren Krise den Bestand des Reiches zu sichern.

In Kriegs- und Krisenzeiten, in denen die Gefahr eines Zusammenbruchs besteht, wird es immer strengere Gesetze geben. Jeder Staat wird dann zu härteren Mitteln greifen müssen. Das hat auch die Bundesregierung getan und die Notstandsgesetze geschaffen. Deshalb sind Schütz, Neubauer und Sickert, sind alle jene, die die Herrschafts- und Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft verwalten, Heuchler, wenn sie sich auch über den Freispruch Rehses empören; aber die Diskriminierung und Einschüchterung von Demonstranten durch die gelbe Justiz nicht nur dulden, sondern öffentlich fördern.

Konsequent hat der neue Polizeichef von Berlin, Hübner, ebenfalls Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, in Anknüpfung an die Praxis der Gesinnungsjustiz der Weimarer Republik und des nationalsozialistischen Regimes die Ausdehnung vorbeugender Strafmaßnahmen auf Überzeugungstäter, das heißt Demonstranten, gefordert. Er befindet sich damit im Einklang mit der CSU.

Heute sind wir demonstrierend durch die Straßen gezogen und haben unseren Protest nur verbal kundgetan. Wir wissen aber längst, daß der globale öffentliche Protest nicht ausreicht. Wir müssen den kollektiven Widerstand in alle Bereiche der Gesellschaft tragen, und er muß seine Stärke und solidarische Aktionen entwickeln, um zu verhindern, daß der formierte Kapitalismus in den offenen Faschismus umschlägt. Wir müssen den kollektiven Widerstand in die Betriebe, in die Schulen tragen."

ERICH ZIEGLER: "Es ist ein fataler und verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß dieses Schandurteil ein Bruch des herrschenden Rechts sei. Nein. Unser Menschenrecht, das Recht der Arbeiter und Studenten, der Antifaschisten und Antimilitaristen, der Demokraten und Sozialisten, wird von den Herrschenden niedertreten, Kraft herrschenden Rechts. Deswegen geht unsere Anklage nicht nur gegen diese angeblich unabhängigen Ausführungsorgane, namens Moabiter Schwurgericht, nicht nur gegen den Blutrichter Rehse. Unsere Anklage geht gegen die Machthabenden und Machtausübenden, die sich diese Gesetze, diese Gerichte, diesen Gerichtsvorsitzenden geschaffen haben. Oske hat das Recht seiner Klasse gesprochen. Das ist das alte Recht der Räuber, der Unterdrücker. Das muß man verstehen. Das darf man aber niemals verzeihen. Darum müssen die Millionen ihrem Recht gegen das usurpierte Recht der Millionäre in entschlossenen und vielfältigen Kampfaktionen Geltung verschaffen.

Es ist kein Zufall, daß Oske den Freispruch des Blutrichters Rehse in Zusammenhang brachte mit der vom Bonner Bundestag beschlossenen Notstandsverfassung, der gesetzlichen Vorbereitung der Notstandsdiktatur des spätkapitalistischen Systems. Die ewig Gestrigen wollen durch ihre Gesetze, durch ihre Rechtsprechung ihre Macht und Herrschaft stabilisieren und ausdehnen. Die Führungen der Rathausparteien geben sich den Anschein der Empörung gegen den Freispruch. Ich möchte hier mit allem Nachdruck feststellen: Dieses Urteil wurde ideologisch und politisch von den Herrschenden vorbereitet... Die Mörder von gestern sollen rehabilitiert, den Mördern von morgen soll freie Bahn gegeben werden. Freispruch für Rehse und Kurras; Kriminalisierung sozialistischer und demokratischer Aktivität - das ist der Sinn der Urteile der Klassenjustiz. Heute trifft es Hunderte - morgen soll es Millionen treffen."

AUF DER FOLGENDEN SEITE: DOKUMENTATION EINES FLUGBLATTES ZUR SONN-
ABEND-DEMONSTRATION



Unsre Herren, wer sie auch seien,
sehen unsre Zwietracht gern.
Denn so lang wir uns entzweien,
bleiben sie doch unsre Herrn.

Bertolt Brecht

Ein SS-Offizier schrieb am 20. Januar 1940 seinem Vorgesetzten Heinrich Himmler: "Ich schlage Exekution des Ziegler vor." Erich Ziegler wurde zu lebenslangem Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt.

Seit dem 14. Dezember 1968 scheint eine Gruppe der Außerparlamentarischen Opposition das Verlangen zu spüren, das Urteil des Freisler-Rehse-Gerichts zu vollstrecken. Vor über 25 Jahren schrie Freisler den Genossen Ziegler nieder, heute besorgen das bestimmte Mitglieder der APO. Das starke Engagement gegen den SED-Sprecher ist ohne die antikommunistische Erziehung dieser Engagierten nicht denkbar. Die selbe Entschiedenheit wäre bei der Mieterkampagne nützlicher, allerdings auch mit mehr Arbeit verbunden.

Wir verstehen, daß viele Genossen, die noch vor einem oder zwei Jahren die Anrede "Genossen" von sich gewiesen haben, bis heute ihre Abneigung gegen die wenig modische SED nicht abbauen konnten.

Wir verstehen, daß die neuen Sozialisten von sich glauben, sie hätten die bessere Lösung für die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft.

Wir verstehen, daß das Verständnis bei vielen Genossen vom Wesen des Faschismus dem Verständnis ähnelt, das der NS-Führungsoffizier Strauß beweist, wenn er "den Linken" vorwirft, sie hätten die Kristallnacht zum Dauerprogramm erhoben.

Wir verstehen auch, daß die Leute nach einem Blutbad schreien, die weder eines erlebt haben, noch die Waffen der Polizei besitzen. Sie projizieren ihre eigene Harmlosigkeit in ihre Gegner.

Aber es ist für uns nicht mehr zu verstehen, warum bestimmte Gruppen und Personen einen SED-Sprecher niederschreien, der sich im Kampf um eine gerechte Gesellschaft Verdienste erworben hat, während seine Kritiker uns bisher im Zweifel gelassen haben, ob ihr Klassenbewußtsein ihre nächste Beförderung überleben wird.

Verschiedene Gruppen und Personen machen ihre Affekte zum Richter darüber, wer als Sozialist zu gelten habe und wer nicht, zur Gaudi der Henker von morgen und zur Gaudi Neubauers, der sich hinter einem Fenster des Rathauses eins lachte, und der demnächst dafür zu sorgen haben wird, daß sie selbst, wir und die SED zur Vorbeugehaft hinter Gefängnismauern oder hinter dem Zaun des Spandauer Konzentrationslagers verschwinden.

Wer in einer gemeinsam beschlossenen Aktion vor dem Klassengegner keine Solidarität zeigt, stellt sich außerhalb der sozialistischen Bewegung.

Wir werden in Zukunft nicht mehr bedingungslos mit solchen Gruppen zusammenarbeiten.

Berlin, 16. Dezember 1968

Arbeitskreis für Agitation und Propaganda
Arbeitskreis für politische Theorie

im RC - Westberlin

EXTRA ÜBER UNS

DAS AMERIKANISCHE MAGAZIN "Newsweek" berichtet in seiner Ausgabe vom 16. Dezember: "Westdeutschlands Kanzler Kurt Georg Kiesinger plant, in diesem Monat eine Dokumentation über seine Aktivitäten als Mitglied der Nazi-Partei zu veröffentlichen - als Vorbeugungsmaßnahme für die chronisch werdenden Attacken gegen ihn wegen dieser Aktivitäten. Das Kanzleramt kündigt an, es werde eine gründliche Dokumentation sein. Sie wird nicht mehr zu früh kommen: In dieser Woche hat Westberlins linkes Nachrichtenblatt EXTRA-Dienst sechs Dokumente aus Kiesingers Tätigkeit im nazistischen Auswärtigen Amt veröffentlicht, eines davon mit 'Heil Hitler' unterzeichnet."

DIE REDAKTION des Westberliner "Tagesspiegel" schreibt uns zu unserem Zitat der Woche (ED 99/II): "Falls Sie es nicht selbst gemerkt haben sollten, zu Ihrem Zitat der Woche den Hinweis, daß es sich um den Druckfehler-Teufel der Woche handelte. Es hätte, wie sich aus dem Zusammenhang unseres Spanien-Artikels ergibt, nicht "brachte", sondern "brauchte" heißen müssen. Unser aller Berufsteufel hat Ihnen dann auch sogleich seinen Streich gespielt. In der Tagesspiegel-Ausgabe vom 5. Dezember werden Ihre Leser vergeblich die zitierte Stelle suchen. Sie befindet sich in der Ausgabe vom 6. Dezember." Das Zitat aus dem Tagesspiegel heißt also: "Das nationalistische Spanien unter Generalissimo Franco brauchte Ordnung und keine Ideologien." Kommentar überflüssig.

----- anzeigen -----

GEHEIMTIP FÜR INDIVIDUALISTEN: "Appleroyce", Pop-Boutique, Nähe Nollendorfplatz, neu eröffnet! Eine Fundgrube für alle, denen es Spaß macht, in Ruhe - bei Musik und Tee - zu kramen und dabei Flüssiges und Überflüssiges zu entdecken. 1 Berlin 30, Schwerinstraße 11, Telefon 26 71 21.

GESUCHT wird Sekretärin mit perfekten Schreibmaschinenkenntnissen halb- oder ganztags, je nach Vereinbarung - kein Achtstundenjob. Buchführungskenntnisse zu besitzen wäre nett. - Arbeitsfeld: Linker Berliner Verlag - Anfang der Tätigkeit zum 1.1.69 oder früher - Mehr Informationen bei einem Telefongespräch 621 38 77 - Noch besser: persönlich kennenlernen. - Eilt, daher schnell melden.

VULGÄRMARXISTEN ! FUNKTIONÄRE ! DIALEKTISCHE GROBSCHMIEDE !

Im Zuge der Unterwanderung sämtlicher Einrichtungen, so auch der Redaktionen der Neuen Linken durch Politbürokraten und andere verkleinbürgerlichte Stalinisten bietet sich die NEUE aktion (die monatlich erscheint und 50 Pf. kostet) den Wölfen feil. Schreibt mit und helft uns verkaufen! (Arena derzeit: wochenends am Kranzler-Eck.) NEUE aktion / 1 Berlin 30 / Luitpoldstraße 21 / Telefon 211 36 78
Wie gesagt: NEUE aktion! Wir wissen, warum wir es extra betonen.

exitus

die literarisch-satirische Zeitschrift · Verlag Klaus Bär
Herausgegeben von Hermann Peter Piwitt, Ernst A. Rauter und Klaus Bär

Gentlemen vorm Ofen · Augenausschießen · Augstein läßt das Ei ins Leere springen · Widerstandsoportunist Gerstenmaier · Die Vorhaut des Herzens: Für und wider Pillen-Paule · Wer verdient ein Auge? · Die schnarrende Eule Westberlins (Schütz) · Hakenkreuzschmierer exerzieren vor dem KZ-Denkmal in Dachau · Kein Grabstein für Selbstmörder in Uniform · Auch Gedichte

Beiträge von Born, Hachfeld, Herburger, Hübsch, Jürgens, Kunert, Lobe, Loschütz, Miehe, Piwitt, Rarisch, Rauter, Reding, Schütt, Tomayer, v.Törne, Vesper u. v. a.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Verlag
1 Berlin 33, Ludwig-Barnoy-Platz 3. Einzelheft DM 2,50.
Probeheft DM 1,50 (in Briefmarken). Jahresabonnement
(4 Hefte) DM 10,- incl. Porto.